

DONNERSTAGSKOLUMNE

Lieber Christian, letzte Woche hatte unser Freund Guido Westerwelle schlechtes Karma, wie wir Amateurbuddhisten so sagen. Tut mir wirklich leid, aber die „Neue Zürcher Zeitung“ trifft das Problem der von ihm ausgelösten Debatte ziemlich genau: „Sein Versuch, die nicht eben auf Rosen gebetteten Hartz-IV-Empfänger in die Nähe von der Völlerei huldigenden römischen Adeligen zu rücken, war hanebüchen. In der Substanz aber hat er Recht. Dass Alleinverdienende mit Kindern oft schlechter gestellt sind als Hartz-IV-Empfänger, ist stoßend, dass die Gesetze eine automatische Ansprüchehaltung fördern, offensichtlich.“ Jetzt sind die Zeitungen wieder voll, was Hartz-IV-Empfänger alles vom Staat bekommen. Presseberichten zufolge haben Bund, Länder und Gemeinden 137 Milliarden Euro vergangenes Jahr an Sozialleistungen ausgezahlt. Für diese Sozialleistungen wird – anders als bei der Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung – kein Geld durch Beiträge angespart. Das Geld kommt also vom Steuerzahler oder von der Notenpresse,

was im Prinzip das Gleiche ist, da dadurch das bestehende Geldvermögen der Leute entwertet wird.

Andererseits reichen die Regelsätze nach durchaus plausiblen Berichten der Betroffenen für sie trotzdem nicht. Insbesondere nicht für ihre Kinder, wie im jüngsten Urteil des Bundesverfassungsgerichts gut nachlesbar ist. Das 6,5-Millionen-Heer der Hartz-IV-Empfänger ist individuell dem Zwang der Arbeitsteilung enthoben, und es gibt gegen den offenkundigen Missbrauch des Systems zwischenzeitlich (vereinzelt) auch harte Worte von SPD-Leuten: „Die deutsche Unterschicht versäuft die Kohle ihrer Kinder“, so Heinz Buschkowsky (SPD), Bürgermeister von Berlin-Neukölln.

Andererseits wird das Problem von außen – durch direkte Einwanderung in die Sozialsysteme – seit Jahren verschärft: „40 Prozent der Hartz-IV-Empfänger sind Migranten“, so die Bundesregierung in einer Erklärung von letzter Woche. Warum weltweit arbeiten, wenn es in Deutschland auch ohne geht? Ich glaube, wir müssen etwas gegen die Tendenz zur Selbstzer-

störung unseres Sozialstaates tun, die diesem Hartz-System innewohnt. Hartz hat ja trotz der bezahlten Riesensummen nicht die Solidargemeinschaft veredelt und ihr Ansehen. Vielmehr steht „Hartz IV“ – zu Recht oder nicht – für Ausweglosigkeit und den vergeblichen Lebenskampf armer Menschen. Für die Entwicklung Deutschlands zur Tashengeldgesellschaft. Und für

Briefwechsel



zwischen

Peter Gauweiler und Christian Ude

Ablenkungsmanöver mit der Wahrheit

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen Schlagabtausch. Heute: Peter Gauweiler.

ein paar mickrige Ein-Euro-Jobs als Notstandsarbeit.

Du und ich wissen, dass es dem FDP-Vorsitzenden mit seiner Attacke um die Wahlchancen seiner Partei geht und dass er will, dass deren Prognosen nicht mehr weiter in den Keller fallen. Insofern handelt es sich um ein Ablenkungsmanöver. Aber was den realen Kern seiner Attacke angeht, lenkt er mit einigen

Wahrheiten ab, und nachdem die Debatte nun einmal da ist, sollten wir vor ihr nicht ausweichen, sondern sie zum Problemlösen nutzen. Dies gilt für alle, aber vor allem für die Regierungspartei FDP. Sie muss jetzt mit klaren Gesetzesvorschlägen der Attacke ihres Vorsitzenden einen finalen Sinn geben. Ich persönlich glaube, wir müssen Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe wieder trennen, auf einen fairen Lohnabstand zwischen Arbeitenden und Nichtarbeitenden achten, die Einwanderung in die Sozialsysteme unterbinden und was die Kinder angeht (Kindergarten, Schulbildung, Unterrichtsmaterial etc.) auf einer verstärkten fall- und gutscheinbezogenen Förderung bestehen. Und wir sollten endlich diese vielfach unglückselige Namensgebung „Hartz“ ändern.

Um Haben und Nichthaben geht es auch bei dem Drama um die explodierende Staatsverschuldung in Griechenland und die Auswirkungen auf die gemeinsame Euro-Währung. Die Frage ist, ob dem Land, das „am meisten von der EU profitiert und das die Regeln am krasssten verletzt hat“

(das ist nicht von mir, sondern von dem langjährigen Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank), jetzt weitere Milliardenspritzen auch noch außer der Reihe gegeben werden sollen. Dann können die Griechen aus den Schulden sogar Kapital schlagen und die Deutsche Bank, die mit griechischen Staatsanleihen in zweistelliger Milliardenhöhe spekuliert hat, auch. Und die glücklichen Griechen dürften auch in Zukunft vier Jahre früher in den Ruhestand als die Deutschen. Die Euro-Freunde (und das sind in gewisser Weise ja heute wir alle, weil der Euro nach der erzwungenen Abschaffung der DM jetzt unser Geld ist) kann das nicht freuen, da sich der „Euro-Stabilitätspakt“ mit seinen Grenzen für die jährliche Neuverschuldung und die Staatsverschuldung insgesamt dann endgültig als Schönwetterpakt erwiesen haben wird. Der Euro-Stabilitätspakt wird dann ein Vertrag sein, der in Krisenzeiten – für die er gemacht wurde – nicht beachtet werden muss. Was sagt unser Mann in Mykonos dazu?

Herzlichst und auf eine gewissenhafte Fastenzeit

Dein Peter Gauweiler